

PRESSEGESPRÄCH

mit

Thomas Stelzer

Landeshauptmann

Manfred Haimbuchner

Landeshauptmann Stellvertreter

am 12. September 2023

Menschen entlasten. Wirtschaft fördern.

Ergebnisse der Arbeitsklausur

der OÖVP und der FPÖ Oberösterreich.

Am Montag, 11. September 2023 haben sich die Spitzen von OÖVP und FPÖ Oberösterreich zu einer gemeinsamen Arbeitsklausur im Hotel Bründl in Bad Leonfelden getroffen. Im Zentrum der Klausur unter dem Titel „Menschen entlasten. Wirtschaft fördern.“ stand die Unterstützung von Menschen und Betrieben in Zeiten von Teuerung, Zinssteigerungen und trüber Konjunkturaussichten.

„Wir dürfen nie vergessen, was die Sorgen der Menschen sind. Ebenso wie wir nicht vergessen dürfen, was die großen Aufgaben unserer Zeit sind. Wir haben als Regierungspartner in einer Arbeitsklausur die Aufgaben für den Herbst abgesteckt und uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir Menschen weiter entlasten – und der Wirtschaft in dieser Zeit helfen“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner über den Hintergrund der Klausur.

1. Neue Unterstützung für hohe Wohnkosten

Um die Menschen bei der Bewältigung der steigenden Preise zu helfen, hat die Landesregierung 150.000 Haushalte, besonders Familien und Alleinerziehende, mit dem Oö. Wohn- und Energiekostenbonus und der Schulstarthilfe unterstützt. Bei der Arbeitsklausur wurde beschlossen, für die anstehende Heizperiode eine neue Unterstützung aufzusetzen. Mit einem neuen „Oö. Energiekostenzuschuss“ sollen Haushalte mit niedrigen Einkommen möglichst unbürokratisch 200 Euro Unterstützung erhalten. Sozial-Landesrat Hattmannsdorfer wurde beauftragt, die Details für den neuen „Oö. Energiekostenzuschuss“ auszuarbeiten.

„Viele Menschen leiden nach wie vor unter der Teuerung – sei es beim Wohnen oder beim Heizen. Wir haben uns daher bei der Klausur damit beschäftigt, wie wir den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern im Herbst unter die Arme greifen können. Wir haben entschieden, den OÖ. Energiekostenzuschuss in der Höhe von 200 Euro erneut aufzulegen“, betonen Haimbuchner und Stelzer.

2. Oö. Konjunkturprogramm für die regionale Wirtschaft

Ausgelöst durch die aktuelle Zinslage zeichnet sich auch in Oberösterreich ein Rückgang der Bautätigkeit ab. Demnach rechnen 70 Prozent der oberösterreichischen Betriebe aktuell mit einer rückläufigen Auftragsentwicklung. *„Wir nehmen diese Vorzeichen ernst. Um die Arbeitsplätze zu sichern, werden wir ein oberösterreichisches Konjunkturprogramm für die regionale Wirtschaft initiieren. Dabei sollen Investitionen und Bautätigkeiten der Gemeinden verstärkt werden, um nicht zuletzt auch dem sich abzeichnenden Rückgang im privaten Wohnbau abzufedern“,* so Stelzer und Haimbuchner. In Summe werden bis zu 35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Eckpunkte werden nun von Landesrätin Langer-Weninger ausgearbeitet und in den nächsten Tagen präsentiert.

Vorab wurde bei der Klausur bereits festgelegt, dass alle 438 Gemeinden und Städte zusätzliche Verstärkungsmittel in Höhe von rund 25 Millionen Euro erhalten, damit sie Projekte vor Ort finanzieren können. Damit wird sichergestellt, dass das Paket in allen Teilen des Landes seine Wirkung entfalten kann. Zusätzlich werden rund 50 finanzschwächeren Gemeinden die Abgänge der vergangenen beiden Jahre in Höhe von rund 10 Millionen Euro übernommen. Zudem werden BZ-Mittel die für die nächsten Jahre vorgemerkt wären vorgezogen wenn die Projekte bereits endabgerechnet sind.

3. Ziel Kinderland Nummer 1: Zusätzliche Mittel für den Bau von Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen

Darüber hinaus wurde besprochen, einen besonderen Schwerpunkt auf den Bau von Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen zu legen: *„Um den Ausbau der Kinderbetreuung weiter zu beschleunigen, wollen wir die Gemeinden mit zusätzlichen Mitteln für den Bau von Krabbelstuben, Kindergärten und Schulen unterstützen. Ziel ist, damit Kindern die beste Betreuung zu bieten und Eltern bestmöglich zu entlasten“*, so Haimbuchner und Stelzer.

Darüber hinaus entfalten zahlreiche außerordentliche Investitionen des Landes im Rahmen des Oberösterreich-Plans und Oö. Zukunftsfonds heuer und auch ab 2024 ihre volle Wirkung. Investiert wird vor allem in die Gesundheitsversorgung und den Ausbau der Infrastruktur:

- Bau gestartet: OP-Neubau und Masterplan Krankenhaus Barmh. Schwestern Linz (180 Mio. Euro)
- Bau gestartet: Neubau am Krankenhaus Braunau für 158 Betten (50 Mio. Euro)
- Bau gestartet: Küchensanierung Klinikum Wels-Grieskirchen (17,1 Mio. Euro)
- Bau gestartet: Neubau Ausbildungszentrum Klinikum Wels-Grieskirchen (15 Mio. Euro)
- Bau gestartet: Umfahrung Weyer (51 Mio. Euro)
- Bau gestartet: Infrastruktur Innviertel (16 Mio. Euro)
- Baustart 2024: Neubau Kinderbettentrakt des Kepler Universitätsklinikums (180 Mio. Euro)
- SUP und Trassenverordnung abgeschlossen: Umfahrung Haid II (84 Mio. Euro)

4. Unterstützung im geförderten Wohnbau und beim Bau von Eigenheimen

Bereits 2022 wurde ein Sonderwohnbauprogramm verabschiedet, um die gestiegenen Baupreise abzufedern und weiterhin dauerhaft Mietpreise wie vor Krisenniveau zu ermöglichen. Zusätzlich wurden an Häuslbauer und Käufer von Eigentumswohnungen 2.000 Euro on top auf die reguläre Förderung als Barbetrag ausbezahlt, um auch weiterhin den Traum vom Eigentum verwirklichen zu können.

Mit Jahreswechsel wurde dann die Wohnbeihilfe orientiert am Ausgleichzulagenrichtsatz erhöht und zusätzlich ein Teuerungsfreibetrag von 100 Euro pro Haushalt und Monat eingeführt.

Mit August dieses Jahres folgte weiters eine Anhebung der 7-Euro-Grenze bei der Wohnbeihilfe auf 8 Euro für Mietverträge, die ab Jänner 2023 abgeschlossen wurden, um den gestiegenen Mietpreisen Rechnung zu tragen und weiterhin die Haushalte mit der Wohnbeihilfe bei der Bestreitung ihrer Wohnkosten unterstützen zu können.

Und auch im Mietwohnungsneubau haben wir die Förderung erneut angepasst und die Darlehenslaufzeit erstreckt, um die Teuerung und vor allem auch die gestiegenen Zinsen abzufedern. Das Land Oberösterreich vergibt dafür ein 45-jähriges Direktdarlehen mit einer Verzinsung von 0,5%. So konnte sichergestellt werden, dass in Oberösterreich von den Gemeinnützigen Bauvereinigungen weiterhin dauerhaft leistbarer Wohnraum errichtet wird.

Seit September bieten wir nun auch wieder ein Fixzinsmodell für Häuslbauer an. Häuslbauer können nun auch ein 35-jähriges Darlehen bei der Hypo Oberösterreich aufnehmen und erhalten die ersten 20 Jahre einen fixen Zinssatz von 2,95 %. Alles darüber wird vom Land Oberösterreich übernommen. So stärken wir in unserem Bereich, wo es uns möglich ist, die Eigentumsbildung. Eigentum schützt vor Altersarmut und ist uns daher besonders wichtig.

In den nächsten Tagen werden wir zusätzlich den Wohn- und Energiekostenbonus 2 beschließen, um die Inflations- und Zinsanstieg bedingten Mieterhöhungen und die nach wie vor extrem hohen Energiekosten abzufedern.

Die beiden Regierungspartner bekräftigen einmal mehr, dass Lockerungen der aktuellen Kreditrichtlinien unausweichlich sind. *„Es ist heute fast unmöglich, dass junge Leute – selbst in gut entlohnten Berufen – sich den Traum vom Eigenheim verwirklichen können und einen entsprechenden Kredit bekommen. Österreichs Banken unterliegen im Vergleich zu anderen Ländern deutlich strengeren Regeln. Das muss sich schnell ändern, denn unsere jungen Leute brauchen Perspektiven und ein Ziel, auf das sie hinarbeiten können.“*

5. Neuer Schuldendeckel für nachhaltiges Wirtschaften ab 2024

2019 hat sich Oberösterreich als erstes Bundesland gesetzlich verpflichtet, keine neuen Schulden zu machen. Nachdem eine halbe Milliarde Euro an Schulden abgebaut wurde, hat die Bewältigung der Corona-Krise diesem Kurs ein vorläufiges Ende gesetzt. Bei der Klausur wurde von externen Finanzexperten dargelegt, dass in Anbetracht der aktuellen Krisen eine dogmatische Ablehnung neuer Schulden vorerst nicht mehr realistisch ist. *„Wir wollen in Oberösterreich dennoch zu einem System zurückkommen, das finanzielle Stabilität garantiert und Schulden einen engen Rahmen setzt. Wir haben daher vereinbart, gemeinsam mit*

Experten ein neues Modell eines Schuldendeckels für nachhaltiges Wirtschaften zu erarbeiten.
Ziel ist, bereits mit dem Start des neuen Jahres erstmals den neuen Schuldendeckel anzuwenden“, so Stelzer und Haimbuchner. Damit soll Oberösterreich auch nach der Corona-Krise die Vorreiterrolle für einen verlässliches und nachhaltiges Wirtschaften übernehmen.

LH Stelzer und LH-Stv. Haimbuchner:

„Wir wollen gemeinsam was zusammenbringen und Oberösterreich weiterbringen“, bilanzieren Stelzer Haimbuchner über die Ergebnisse der Arbeitsklausur.“